



Die aktuelle finanzielle Situation der Städte und Gemeinden in Oberösterreich, insbesondere Ried im Innkreis.

PRESSEGESPRÄCH

11. April 2025

Anwesend:

Gabriele Knauseder (Landtagsabgeordnete)

Sebastian Forstner (Bundesrat)

Günter Streicher (Bürgermeister, Schärding am Inn)

Wolfgang Grabner-Sittenthaler (Vizebürgermeister, Braunau am Inn)

Peter Stummer (Vizebürgermeister, Ried im Innkreis)

Die Städte und Gemeinden in Oberösterreich (OÖ) wehren sich gegen die finanzielle Belastung durch das Land OÖ aus mehreren Gründen:

1. **Finanzielle Autonomie:** Städte und Gemeinden benötigen ausreichende finanzielle Mittel, um ihre Aufgaben und Dienstleistungen für die Bürger zu erfüllen. Wenn das Land ihnen zu viel Geld entzieht, können sie ihre Verpflichtungen nicht mehr angemessen erfüllen.
2. **Investitionen in lokale Projekte:** Städte und Gemeinden sind oft für wichtige lokale Projekte verantwortlich, wie den Bau und die Instandhaltung von Schulen, Straßen und anderen Infrastrukturen. Ohne ausreichende finanzielle Mittel können diese Projekte nicht realisiert werden, was die Lebensqualität der Bürger beeinträchtigt.
3. **Soziale Dienstleistungen:** Viele soziale Dienstleistungen, wie Kinderbetreuung, Altenpflege und Sozialhilfe, werden auf kommunaler Ebene bereitgestellt. Finanzielle Kürzungen können diese Dienstleistungen gefährden und die am meisten bedürftigen Bürger treffen.
4. **Wirtschaftliche Entwicklung:** Städte und Gemeinden spielen eine wichtige Rolle bei der Förderung der lokalen Wirtschaft. Durch Investitionen in Infrastruktur und Dienstleistungen können sie Unternehmen anziehen und Arbeitsplätze schaffen. Finanzielle Einschränkungen können diese Bemühungen behindern.
5. **Gleichberechtigung und Fairness:** Städte und Gemeinden müssen vom Land OÖ fair behandelt werden. Die finanziellen Lasten müssen gerecht verteilt werden. Wenn das Land unverhältnismäßig viel Geld von den Städten und Gemeinden einfordert, ist dies ungerecht und unfair den Städten und Gemeinden gegenüber.

**Die Städte und Gemeinden in Oberösterreich setzen sich daher
für eine gerechtere Verteilung der finanziellen Mittel ein, um ihre
Aufgaben weiterhin effektiv erfüllen zu können und die
Lebensqualität ihrer Bürger zu sichern!**

Die langfristigen Folgen für die Bürger in Oberösterreich sind vielfältig und tiefgreifend:

1. **Eingeschränkte Dienstleistungen:** Wenn Städte und Gemeinden weniger finanzielle Mittel zur Verfügung haben, müssen wichtige Dienstleistungen, Freizeiteinrichtungen und soziale Unterstützung eingeschränkt werden. Dies wird die Lebensqualität der Bürger erheblich beeinträchtigen.
2. **Weniger Investitionen in Infrastruktur:** Finanzielle Engpässe führen dazu, dass notwendige Investitionen in die Infrastruktur, wie Straßen, Brücken und öffentliche Gebäude, verzögert oder ganz gestrichen werden. Dies führt langfristig zu einem Verfall der Infrastruktur und höheren Kosten für Reparaturen.
3. **Erhöhte Gebühren:** Um die finanziellen Lücken zu schließen, sind Städte und Gemeinden gezwungen, Gebühren zu erhöhen. Dies würde die finanzielle Belastung der Bürger erhöhen und könnte besonders für einkommensschwache Haushalte problematisch sein.
4. **Wirtschaftliche Auswirkungen:** Eine reduzierte finanzielle Unterstützung beeinträchtigt die lokale Wirtschaft, da weniger Mittel für wirtschaftsfördernde Maßnahmen zur Verfügung stehen. Dies führt zu einem Rückgang von Arbeitsplätzen und wirtschaftlicher Aktivität.
5. **Sozialer Zusammenhalt:** Finanzielle Engpässe gefährden den sozialen Zusammenhalt in den Städten und Gemeinden, da weniger Mittel für Gemeinschaftsprojekte und soziale Initiativen zur Verfügung stehen und Förderungen für Sport- und Kulturvereine gestrichen werden müssen. Dies führt zu einer Zunahme sozialer Spannungen in den Städten und Gemeinden.

Die Bürger werden also auf verschiedenen Ebenen betroffen sein, von der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen bis hin zu ihrer finanziellen Situation und dem sozialen Gefüge ihrer Städte und Gemeinden. Es ist daher wichtig, dass die Kommunen und das Land gemeinsam nach Lösungen suchen, um diese langfristigen Folgen zu minimieren.

**Insgesamt zahlen die Städte und Gemeinden in
Oberösterreich durchschnittlich 632 Euro pro
Einwohner an das Land OÖ. (Burgenland 333 Euro).**

**Ried im Innkreis zahlt 1.133 Euro pro Einwohner an
das Land OÖ.**

**Diese hohen Transferzahlungen belasten die
kommunalen Budgets erheblich und führen dazu,
dass viele Gemeinden Schwierigkeiten haben, ihre
Ausgaben zu decken.**

Am Beispiel von Ried im Innkreis wird deutlich, wie stark die
Transferzahlungen an das Land OÖ die Städte und
Gemeinden belasten und es teilweise unmöglich machen,
ihren Haushalt überhaupt noch ausgleichen zu können:

Landesumlage: Die Landesumlage in Oberösterreich ist eine Abgabe, die die Städte und Gemeinden an das Land OÖ zahlen müssen. Sie beträgt 6,9 % der ungekürzten rechnungsmäßigen Ertragsanteile der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben.

Die Landesumlage wird jährlich erhoben und ist ein bedeutender finanzieller Beitrag, den die Städte und Gemeinden leisten müssen. Diese Abgabe schränkt die finanziellen Spielräume der Gemeinden erheblich ein und beeinträchtigt ihre Fähigkeit, lokale Projekte und Dienstleistungen zu finanzieren.



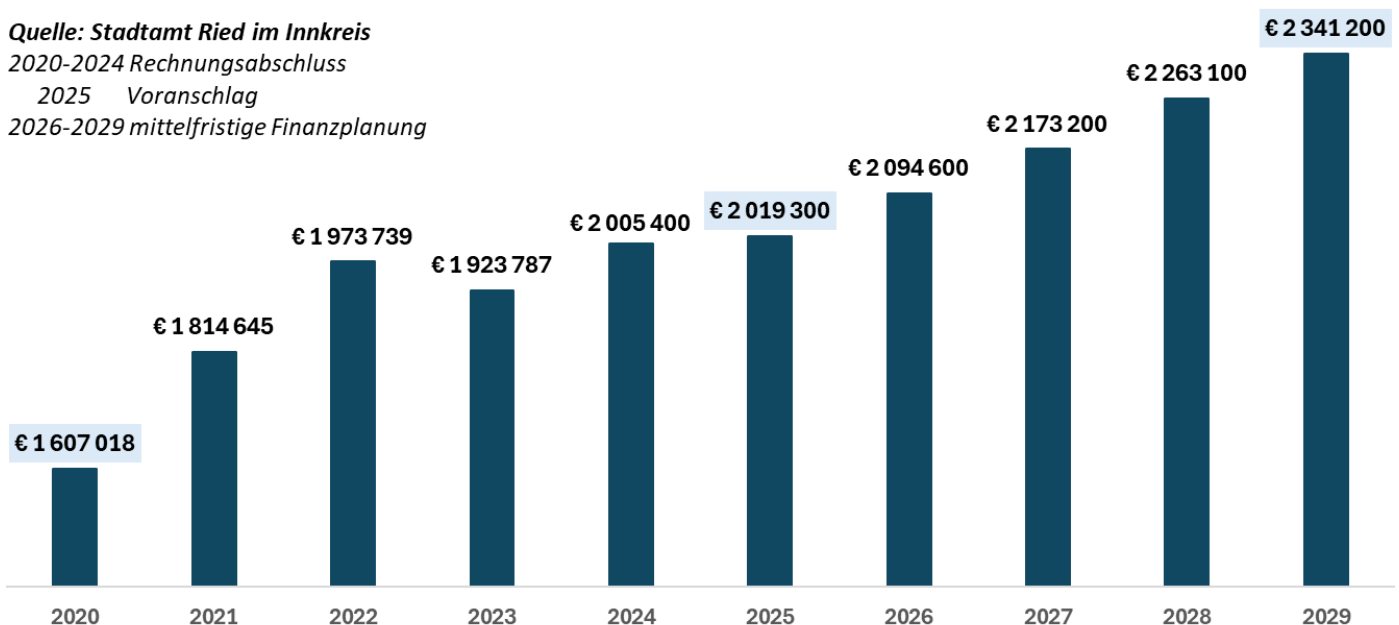
Landesumlage Ried im Innkreis

Quelle: Stadtamt Ried im Innkreis

2020-2024 Rechnungsabschluss

2025 Voranschlag

2026-2029 mittelfristige Finanzplanung

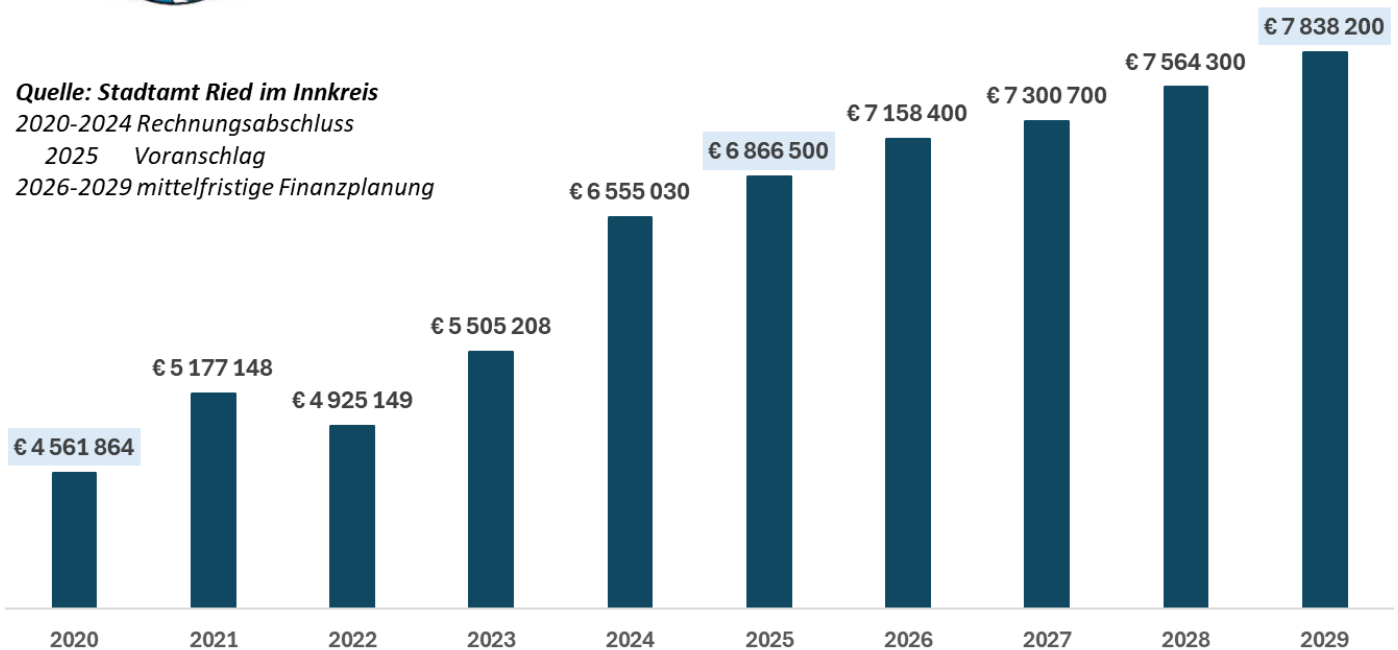


SHV-Umlage: Die SHV-Umlage (Sozialhilfeverbandsumlage) ist eine finanzielle Abgabe, die die Städte und Gemeinden in Oberösterreich an die Sozialhilfeverbände (SHV) leisten müssen. Diese Umlage dient zur Finanzierung der sozialen Dienstleistungen, die von den Sozialhilfeverbänden bereitgestellt werden, wie z.B. Altenpflege, Hauskrankenpflege und Sozialhilfe. Die SHV-Umlage wird verwendet, um die Kosten für soziale Dienstleistungen zu decken, einschließlich der Gehälter für Pflegekräfte und der Betriebskosten von Alten- und Pflegeheimen.



SHV Umlage Ried im Innkreis

Quelle: Stadtamt Ried im Innkreis
2020-2024 Rechnungsabschluss
2025 Voranschlag
2026-2029 mittelfristige Finanzplanung



Krankenanstaltenbeitrag: Der Krankenanstaltenbeitrag in Oberösterreich ist eine finanzielle Abgabe, die die Städte und Gemeinden an das Land OÖ leisten müssen, um die Betriebskosten der öffentlichen Krankenanstalten zu decken. Laut dem Oberösterreichischen Krankenanstaltengesetz (Oö. KAG 1997) beträgt der Krankenanstaltenbeitrag 40 % der Gesamtsumme der Betriebsabgänge der Krankenanstalten.



Krankenanstaltenbeitrag

Ried im Innkreis

Quelle: Stadtamt Ried im Innkreis
2020-2024 Rechnungsabschluss
2025 Voranschlag
2026-2029 mittelfristige Finanzplanung



Transferzahlungen von Ried im Innkreis an das Land OÖ:

Die Kommunen in Oberösterreich leisten mehrere Arten von Transferzahlungen an das Land OÖ, die verschiedene Bereiche abdecken. Diese Transferzahlungen stellen eine erhebliche finanzielle Belastung für die Städte und Gemeinden dar und beeinträchtigen ihre Fähigkeit, in andere wichtige Projekte und Dienstleistungen zu investieren.



Transferzahlungen an das Land OÖ

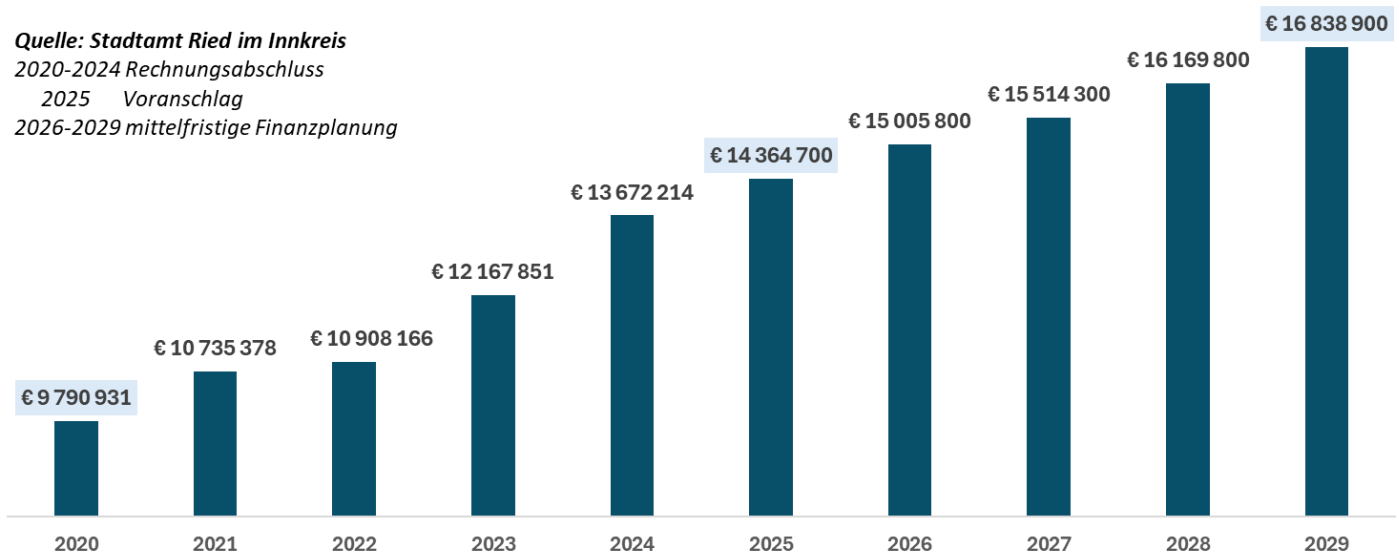
Ried im Innkreis

Quelle: Stadtamt Ried im Innkreis

2020-2024 Rechnungsabschluss

2025 Voranschlag

2026-2029 mittelfristige Finanzplanung



Die SPÖ Braunau, Schärding und Ried stellen mehrere konkrete Forderungen an das Land OÖ, um die

finanzielle Situation von Städten und Gemeinden zu verbessern:

1. **Aussetzen der Landesumlage:** Eine der Hauptforderungen ist das vorübergehende Aussetzen oder zumindest die Reduzierung der Landesumlage, um den Städten und Gemeinden mehr finanziellen Spielraum zu geben.
2. **Senkung des Krankenanstaltenbeitrags:** Die SPÖ fordert eine Reduzierung des Beitrags, den die Städte und Gemeinden für die Krankenanstalten leisten müssen, um ihre Budgets zu entlasten.
3. **Entlastungspaket für Sozialhilfeverbände:** Ein weiteres Anliegen ist ein Entlastungspaket für die Sozialhilfeverbände, um die finanzielle Belastung durch soziale Dienstleistungen zu verringern.
4. **Belastungsstopp:** Die SPÖ fordert einen generellen Stopp neuer finanzieller Belastungen durch zusätzliche Aufgaben oder Abgaben, um die finanzielle Stabilität der Städte und Gemeinden zu sichern.

Diese Forderungen zielen darauf ab, die finanzielle Notlage der Städte und Gemeinden zu lindern und sicherzustellen, dass sie ihre Aufgaben und Dienstleistungen für die Bürger weiterhin erfüllen können.